

# Reich und gesund auf Staatskosten

Die gesetzliche Krankenversicherung garantiert den Einwohnern der Schweiz ein weltweit einzigartiges Gesundheitsleistungsniveau. Die steigenden Ausgaben erfordern jedoch ehrliches Nachdenken darüber. **STEFAN FELDER**

Die Ausgaben im Gesundheitswesen laufen aus dem Ruder. Die Krankenkassenprämien steigen stärker als die Löhne. Dies hat Parteien in der Mitte und links im politischen Spektrum auf den Plan gerufen, über Volksinitiativen Änderungen in der Krankenversicherung zu erzwingen. Während die CVP das Wachstum der Gesundheitsausgaben auf dasjenige der Löhne reduzieren will, schlägt die SP vor, die Prämienbelastung für Haushalte auf 10% des steuerbaren Einkommens zu begrenzen und dafür Steuermittel einzusetzen. Beide Initiativen gehen am Kern des Problems vorbei, dass die Schweiz über eine gesetzliche Krankenversicherung ihre Einwohner mit einem Gesundheitsleistungsniveau versorgt, das weltweit einzigartig ist. Viele sagen, die reiche Schweiz könne sich das ohne weiteres leisten. Sie verkennen dabei, dass die steigenden öffentlichen Ausgaben für Gesundheit immer mehr zulasten anderer staatlicher Aufgaben, aber auch des privaten Konsums gehen.

Bei Einführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) im Jahr 1996 lagen die Pro-Kopf-Kosten des Schweizer Gesundheitswesens bei 5400 Fr. Bis heute haben sie sich auf 10600 Fr. fast verdoppelt. Im Vergleich dazu ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf seit 1996 von 58000 Fr. lediglich 40% auf 81000 Fr. gestiegen. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP hat sich im selben Zeitraum von 9,3 auf 13,3% erhöht. Dies ist nach den USA (17,7%) der zweithöchste Wert aller Industrieländer.

## Tendenz zum Luxusgut

Wenn die Ausgaben für ein Gut stärker steigen als das Einkommen, sprechen Ökonomen von einem Luxusgut. Das trifft auf die Gesundheit zu, deren Bewertung im Zuge steigender Einkommen überproportional zugenommen hat. Besonders augenfällig zeigt sich dies im Strassenverkehr. Mit der neuesten Sicherheitstechnologie ausgerüstete Fahrzeuge haben dort entscheidend dazu beigetragen, die Anzahl Todesfälle zu senken. 1996 verzeichnete die Schweiz auf ihren Strassen pro 1 Mio. Einwohner 94 Verkehrstote, 2018 waren es nur noch 27. Das Risiko, auf der Strasse zu sterben, ist damit um den Faktor 3,4 gesunken. Dies ist umso bemerkenswerter, als über denselben Zeitraum der Fahrzeugbestand um fast die Hälfte zugenommen hat und damit das Unfallrisiko gestiegen ist.

Mit ihrem privaten Geld, das sie für Autos ausgeben, entscheiden die Schweizer, wie viel ihnen ihre Gesund-

heit wert ist. Der Kauf von teuren, dafür sichereren Fahrzeugen weist auf eine hohe private Zahlungsbereitschaft für die Lebensabsicherung im Strassenverkehr hin. In der Medizin ist es ähnlich. Auch dank neuester Technologie sinkt die Sterblichkeit kontinuierlich, und die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung nimmt Jahr für Jahr zu, seit 1995 für Männer um 3,3, für Frauen um 1,9 Monate. Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied zum Verkehrsbereich. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen treibt der Staat über den Leistungskatalog der OKP. Jeder erhält automatisch das Vollangebot. Individuelle Unterschiede in der Präferenz und der Kaufkraft unter den Versicherten spielen hier keine Rolle. Dies betrifft besonders die stationäre Versorgung, wo Spitäler heute zunehmend auch Allgemeinversicherte ohne Aufschlag im Einzelzimmer versorgen.

Vor der Einführung des Krankenversicherungspflichtigkeitsgesetzes war das anders. Nicht wenige Haushalte verzichteten damals ganz auf Krankenversicherung, und die vielen, die eine kauften, wählten unterschiedliche Abdeckungen und zahlten entsprechend unterschiedliche Prämien. Die private Versicherung war noch eine Vollversicherung und nicht wie heute auf Zusatzversicherung beschränkt.

Dies hat dazu geführt, dass der Anteil der privaten Versicherung bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen von 10,3% im Jahr 1995 auf 6,5% im Jahr 2017 zurückgegangen ist. Zudem ist der Anteil von Selbst- und anderen privaten Zahlungen von 36,4 auf 30,1% gesunken. Dagegen hat der Anteil der staatlichen Finanzierung über die OKP, andere Sozialversicherungen und Steuern seit 1995 von 53,4 auf 63,4% zugenommen.

Grundsätzlich gibt es für ein Obligatorium gute Gründe. Bund und Kantone haben sicherzustellen, wie es in der Bundesverfassung in Art. 41 heisst, «dass jede Person die für ihre Gesundheit notwendige Pflege erhält». Die Abdeckung grundlegender Bedürfnisse ist das Kennzeichen jeder Sozialversicherung. Sie funktioniert bei der Alters- und der Invalidenversicherung über die Festlegung eines maximalen Rentenbetrags (2370 Fr. pro Monat) und in der Unfall- und der Invalidenversicherung über einen straffen Leistungskatalog. Für die OKP verlangt zwar Art. 32 des Gesetzes ebenfalls, dass medizinische Leistungen zweckmässig, wirksam und wirtschaftlich sind, doch es gibt keine Verordnung, die festlegt, was Wirtschaftlichkeit bedeutet. Trotz Aufforderung durch das Bundesgericht, sich zu offenbaren, bleiben Politik und Verwaltung weiterhin stumm. Dabei schreibt Art. 41 BV die staatliche Pflicht zur Unterstüt-

zung in der Gesundheitsversorgung subsidiär vor, «in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative». Die Realität bietet ein anderes Bild: Seit Einführung der OKP hat die persönliche Verantwortung der Schweizer im Gesundheitsbereich stetig abgenommen.

Für das starke Wachstum der Gesundheitsausgaben spielt entgegen der öffentlichen Meinung die Alterung der Bevölkerung kaum eine Rolle. Nach neuesten Zahlen werden von den in den vergangenen 25 Jahren an Lebenserwartung dazugewonnenen Jahren nämlich 95% in guter Gesundheit verbracht. Vielmehr ist es die Zunahme der Einkommen, die neue Ansprüche schafft und zusammen mit der rasanten Entwicklung der Medizin für das hohe Wachstum verantwortlich ist. Insofern ist das Ziel der CVP, das Wachstum von Gesundheitsausgaben und Löhnen einander anzugleichen, ein frommer Wunsch. Die deutsche Schwesterpartei der CVP, die CDU, liess die Lohnbeitragsstabilität für die Gesetzliche Krankenversicherung bereits 1992 ins Sozialgesetzbuch schreiben, genützt hat es wenig. Die fundamentalen Kräfte der Einkommensentwicklung auf die Gesundheitsausgaben lassen sich nicht durch gesetzliche Vorschriften aushebeln.

## Leistungskatalog zur Basisversorgung

Bei der SP-Initiative mit dem Ziel, die Prämienbelastung für die unteren Einkommen zu begrenzen, handelt es sich um eine reine Kostenträgerverschiebung. Heute bereits werden mit den Prämien nur 35,7% der gesamten Gesundheitsausgaben finanziert, wobei davon schon 5,4 Prozentpunkte aus Steuermitteln von Bund und Kantonen für Prämienverbilligungen stammen. Mit nochmals steigenden Steuerzuschüssen ginge das Bewusstsein unter den Versicherten, was ihre Nachfrage nach Gesundheitsleistungen tatsächlich kostet, noch mehr verloren.

Im nächsten Jahr feiert die Schweiz 25 Jahre OKP. Es ist an der Zeit, dass wir uns ehrlich Gedanken machen, welchen Zuschnitt die OKP künftig haben soll. Der gesetzliche Leistungskatalog sollte überprüft, bereinigt und im Sinne der Bundesverfassung als Basisversorgung ausgestaltet werden. Die Zusatzversorgung bliebe dann dem privaten Krankenversicherungsmarkt überlassen. Eine eben erschienene Studie für die Schweiz zeigt, dass seit 1990 vor allem Personen mit höherem Schulabschluss an Lebensjahren in guter Gesundheit zugelegt haben. Bei Personen mit «nur» obligatorischem Schulabschluss ist das kaum der Fall. Wieso sollten also die Gutsausgebildeten über den Kauf von Zusatzversicherung nicht mehr für ihre Gesundheit zahlen, statt wie heute den Luxusstandard der OKP zu einem staatlich subventionierten Preis zu erhalten?

Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel.

## Hamers' Chance

**UBS hat sich selbst entlarvt.** Seit Jahren versuchen uns Verwaltungsräte und Topmanager der Grossbanken zu erklären, wieso sie die überrissenen Millionensaläre wert seien, die sie sich nach Vorgaben, die kein Mensch versteht, gegenseitig zusprechen. Währenddessen enttäuschen die Geschäftszahlen und lahmen die Aktienkurse.

Und dann stellt UBS-Präsident Axel Weber diese Woche den Nachfolger für CEO Sergio Ermotti vor (vgl. Seiten 8 und 9): Ralph Hamers, laut Weber der beste Kandidat für den Job. Hamers' niederländische ING ist eine der effizientesten und rentabelsten Grossbanken Europas. Und welchen Überlohn erhielt er für seine Glatzeleistung? 1,75 Mio. €. Zum Vergleich: Ermotti bekam zuletzt 14,1 Mio. Fr. Bessere Ergebnisse bekommt man also doch für weniger, Herr Weber. Welche Taten soll der Tessiner auch bitteschön erbracht haben, damit er in zwölf Monaten so viel verdient wie der Durchschnittsbüezer nicht in 180 Jahren?

**Hamers bietet sich jetzt eine einmalige Chance.** Er könnte ein Zeichen setzen und bei UBS Schluss machen mit der Ära der Fabellöhne, für die in der Gesellschaft keinerlei Verständnis mehr besteht. Was wäre das für ein Signal! Die Frage ist, ob er denn will und ob man ihn lässt. Erliegt er der Verlockung des Mammons, oder setzt ihm die falsche Anspruchshaltung in der Bank Grenzen? Die Diskussion über die Managerlöhne wird jedenfalls weitergehen. UBS veröffentlicht ihren Vergütungsbericht kommenden Freitag, CS Ende März. Eine Garantie schon vorneweg: Bescheidener dürften die Herren an der Spitze nicht geworden sein.



**VALENTIN AEDÉ**  
Redaktor  
zum Thema  
Managerlöhne

# Reicht eine starke Wirtschaft für Trumps Wiederwahl?

Bloombergs Test kommt erst, Sanders' Chancen wären in einem Abschwung grösser, Trump kann die niedrige Arbeitslosenquote vorweisen. **MICHAEL J. BOSKIN**

Angesichts der aktuellen Vorwahlen zur US-Präsidentschaftswahl ist die grosse Frage, ob Präsident Donald Trump im November wiedergewählt wird. Meinungsumfragen zeigen, dass eine Niederlage Trumps zu den höchsten Prioritäten der demokratischen Primärwähler gehört. Nach dem Freispruch Trumps im Senat wegen Amtsenthebungsvorwürfen und nach einer Rede zur Lage der Nation, in der er die Stärken Amerikas – in erster Linie die Wirtschaft – anpreisen konnte, ist die Zustimmungsrate des Präsidenten mit 49% die höchste seit seinem Amtsantritt. Aber Trump hat Grund zur Sorge. Der Freispruch könnte nur eine vorübergehende Erholung bedeuten, und seine Zustimmungsrate müsste angesichts der Wirtschaftslage viel höher sein, als sie ist.

## Erinnerungen an Bush senior

Man denke nur an den Präzedenzfall von Präsident George H.W. Bush, dessen Zustimmungsrate nach dem ersten Golfkrieg auf 91% stieg. In einer Sitzung im Oval Office versuchte ich damals, Bushs politisches Team davon zu überzeugen, dass er trotz dieses Erfolgs eine bessere Strategie für die Reaktion auf eine leichte Rezession benötigte, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 begonnen hatte. Ich erinnerte daran, dass noch nicht einmal der Sieg des Vereinigten Königreichs im Zweiten Weltkrieg verhindern konnte, dass Winston Churchill weniger als drei Monate nach Ende des Krieges die Wahlen verlor.

Bush befürchtete, dass die demokratische Mehrheit im Kongress jede von ihm vorgeschlagene Gesetzgebung blockieren würde, und beschloss, eine mutigere Wirtschaftsagenda auf die Zeit nach der Wahl zu verschieben. Doch wegen der nur lang-

*«Umfragen deuten darauf hin, dass jeder der derzeit kandidierenden Demokraten Trump schlagen würde.»*

samen Erholung und des Antretens von Ross Perot als dritter Kandidat wurde Bush von Bill Clinton geschlagen.

Trump auf der anderen Seite hat es geschafft, dass man ihm die Verantwortung für die grossen Budgetdefizite grösstenteils nicht anlastet. Das liegt daran, dass die Vorschläge der Demokraten das Defizit noch weiter erhöhen würden. Gleichzeitig kann Trump auf eine historisch niedrige Arbeitslosenquote, auch bei den Minderheiten, sowie auf soliden Lohnzuwachs verweisen, der bei den niedrigeren Einkommen am stärksten war.

Trump kann auch auf Handelsabkommen wie dasjenige zwischen den USA sowie Mexiko und Kanada verweisen, das einen Teil des Schadens aus seinen Zöllen ausgleicht. Er hat die Finanzierung des Wiederaufbaus des Militärs gesichert und zwei konservative Richter des Ober-

sten Gerichtshofs sowie viele weitere Bundesbezirks- und Berufungsrichter ernannt. Zudem hat er ein überparteiliches Strafrechtsreformgesetz und ein grosses Steuerreformpaket unterzeichnet sowie einige der übertriebenen Vorschriften der Obama-Ära zurückgenommen.

Politische Prognosemodelle, die weitgehend auf wirtschaftlichen Bedingungen basieren, legen nahe, dass Trump der Sieg im November leichtfallen sollte. Auch die Wettmärkte geben ihm eine Chance von 60% – ein Anstieg seit der Zeit vor der Aufnahme des Amtsenthebungsverfahrens. Trumps Problem ist, dass er mit seinen täglichen Twitter-Angriffen die Wähler, die er braucht, abschreckt.

Inzwischen haben sich als die führenden demokratischen Anwärter Senator Bernie Sanders und der ehemalige Bürgermeister von New York City Michael Bloomberg herauskristallisiert. Nationale Umfragen deuten darauf hin, dass jeder der derzeit kandidierenden Demokraten Trump schlagen würde. Aber diese Vorhersagen könnten irreführend sein, denn sie erklären nicht die Überlegenheit von Trump bei den tatsächlichen Wählern in den Staaten, die er braucht, um das Electoral College zu gewinnen.

Die grösste Bedrohung für Trump ist also ein wirtschaftlicher Abschwung, der die jüngsten Arbeitsplatz- und Lohngewinne zunichtemacht und einen Ausverkauf an den Aktienmärkten auslöst. Die Prognosen sehen für dieses Szenario jedoch nur geringe Chancen. Ein weiteres

Thema wird die Stimmung unter den Wählern in acht bis zehn Swing-Staaten sein. Einige der Staaten, die Trump 2016 unterstützt hatten, wechselten bei den Kongress-Halbzeitwahlen 2018 zu den Demokraten. Trump gewann 2016 nur knapp Pennsylvania, Michigan, Wisconsin und Arizona und verlor nur knapp in Minnesota und New Hampshire. Florida und Ohio, gemeinhin die wichtigsten Swing-Staaten, tendieren derzeit zu ihm; möglich, dass einige andere Staaten, die er zuvor mit drei bis fünf Punkten gewonnen oder verloren hat, wichtig werden.

*«Trump bleibt sowohl sein eigener bester Fürsprecher als auch sein schlimmster Feind.»*

Nach Beschwerden aus der Sanders-Kampagne, dass die Parteiregeln Hillary Clinton im Vorwahlkampf 2016 unfair begünstigt hätten, werden die Delegierten des Demokratischen Kongresses nun anteilig an alle Kandidaten vergeben, die in einem bestimmten Bundesstaat mindestens 15% der Stimmen erhalten. Ironischerweise bedeutet dies, dass Sanders Mitte Juli in der Democratic National Convention möglicherweise zwar eine Mehrheit, aber nicht die für die Nominierung erforderliche Mehrheit erreichen kann.

In diesem Fall stimmen die Parteifunktionäre in einem zweiten Wahlgang ab. Insgesamt verbünden sich mehr Demokraten mit der linken Mitte als mit der extremen Linken. Aber wenn sie sich zusammenschliessen, um einen gemässigeren Kandidaten zu nominieren, riskieren sie, Sanders' Basis zu entfremden, deren allfälliges Nichtwählen im November Trump begünstigen würde.

## Blick auf die Swing States

Bis jetzt musste sich Bloomberg noch nicht bewähren, Sanders' Chancen sind geringer, als sie im Falle einer weit verbreiteten wirtschaftlichen Notlage wären, und Trump bleibt sowohl sein eigener bester Fürsprecher als auch sein schlimmster Feind. Das Ergebnis könnte davon abhängen, ob die 10 bis 15% der überzeugbaren Wähler in den Swing-Staaten – von denen die meisten mit dem Zustand des Landes, der Wirtschaft und ihren persönlichen Finanzen zufrieden sind – entscheiden, dass sie Trumps Tweet-Stürme weitere vier Jahre tolerieren können.

Oder sie wählen möglicherweise nicht mit Blick aufs Portemonnaie: Sie könnten beschliessen, dass es reicht, und einen Ruck nach links im Austausch gegen einen Präsidenten akzeptieren, der auf Twitter-Angriffe verzichtet.

Michael J. Boskin lehrt Ökonomie in Stanford. Er präsidierte George Bushs Wirtschaftsbeirat. Copyright: Project Syndicate.